

PROFIL GRÜN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BUNDESTAGSFRAKTION



01/24

**DAS MAGAZIN
DER BUNDESTAGS-
FRAKTION**

IM FOKUS

**Demokratie &
Zusammenhalt**

EUROPA

**Stärke in der
Einheit**

KOMMUNEN

**Zukunft auf
dem Land**

01/24

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, info@gruene-bundestag.de

V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich;

Redaktion: Holger Böhling, Gisela Hüber;

Gestaltung: Stefan Kaminski, Jakina

Wesselmann; Titelmotiv: picture alliance/

PIC ONE; Druck: Dierichs Druck+Media

Kassel, Papier: 90 g Revive Pure; Auflage:

138.000; erscheint auch als Anzeige im

„Magazin der Grünen“; Redaktions-

schluss: 22. März 2024; profil:GRÜN

erscheint mindestens zwei Mal im Jahr.

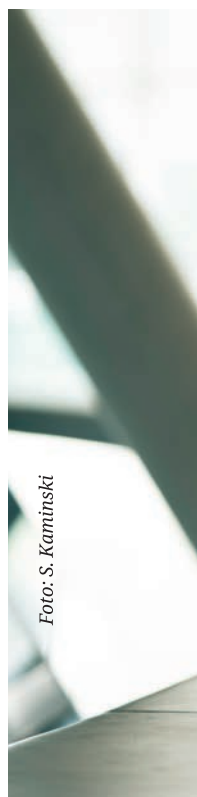


Foto: S. Kaminski

Liebe Leser*innen,

die aktuelle außenpolitische Lage ist nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa eine Herausforderung. Wir wollen Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa, in der Ukraine und in Deutschland schützen und wiederherstellen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Ukraine weiter und noch stärker unterstützen. Und uns gemeinsam, ent-

schlossen und geschlossen Putin entgegenstellen.

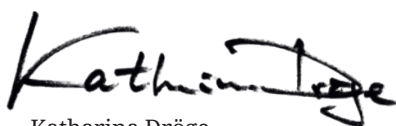
In Deutschland hat das Jahr mit sehr ermutigenden Entwicklungen begonnen. Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für den Schutz unserer Demokratie finden Woche für Woche statt. Millionen von Menschen sind schon auf die Straße gegangen. Das Potsdamer Geheimgespräch von Rechtsextremen und AfD war offenbar der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Diese neue Bewegung ist großartig und macht das Jahr 2024 schon jetzt zu einem Jahr der Demokratie und des Zusammenhalts. Dieses Schwerpunktthema hält auch diese profil:GRÜN zusammen.

Noch mehr Mutmacher: Deutschland ist auf dem besten Wege, seine Klimaziele 2030 einzuhalten. Unsere gemeinsam beschlossenen Maßnahmen fangen also an zu wirken: der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Kohleausstieg, die Effizienzsteigerungen, das Heizungsgesetz und die Klimaschutzverträge in der Industrie. Die Koalition ist zudem auf gutem Weg, das Land für Fachkräfte aus aller Welt deutlich

attraktiver zu machen. Wesentlichen Anteil daran hat die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Wir stärken die demokratische Teilhabe für Millionen von Menschen.

Im Juni steht die Wahl zum Europäischen Parlament an. Erstmals können in Deutschland Menschen ab 16 ihre Stimme abgeben, dieses Novum geht zurück auf eine Initiative der Koalition. Und wir hoffen, dass viele junge Menschen die Chance nutzen, Europa und damit auch ihre Zukunft mitzugestalten.

Herzlich



Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende



08

IM FOKUS
DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT

Wehrhaft jetzt!

2024 ist das Jahr, in dem wir die Demokratie gegen den Rechtsextremismus stärken werden.

Von Misbah Khan, Konstantin von Notz, Irene Mihalic, Till Steffen, Katrin Göring-Eckardt und Leon Eckert

02
IMPRESSUM

06
QUERBEET

24
IM MASCHINENRAUM

26
**AUS DEN
FACHBEREICHEN**

30
**GRÜN UND
GRÜNER**

22

IM GESPRÄCH

Dein Land, dein Pass

Wir haben mit Filiz Polat und Canan Bayram darüber gesprochen, wie wir mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unser Land ein Stück weiter modernisieren – und mehr Menschen einladen, dazuzugehören.

REPORT KOMMUNEN

14

Chancen fürs Land

Ein gutes Leben für alle, mit regionaler Wirtschaft und stabilen Finanzen – das ist Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume. Von Anne Monika Spallek, Stefan Schmidt und Karoline Otte



Foto: S. Kaminski

REPORT EUROPA

18

Stärke in der Einheit

Ob EU-Erweiterung, Unterstützung der Ukraine oder Reformen im Inneren: Die EU muss widerstands- und handlungsfähiger werden und ihre Werte verteidigen.
Von Chantal Kopf und Michael Sacher

PORTRÄT

16

Debbie Cool

Deborah Düring leitet seit Kurzem die AG Außen der Fraktion. Sie findet, in der Außenpolitik sollten mehr Frauen mitmischen.

TERMINE

Welt – Macht – Wissenschaft

Konferenz am 18.4.2024 in Berlin

FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

Shaping AI – Demokratisch. Nachhaltig. Innovativ.

KI-Konferenz am 19.4.2024 in Berlin

FB 4-Koordination, TEL 030/227 58943
fachbereich4@gruene-bundestag.de

Umweltkonferenz „Heute für morgen!“

Konferenz am 26.4.2024 in Berlin

FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

75 Jahre Grundgesetz

Parlamentarischer Abend am 23.5.2024 in Berlin

FB 3-Koordination, TEL 030/227 58900
fachbereich3@gruene-bundestag.de

„Wenn du durch die Hölle gehst, bleib nicht stehen, geh weiter!“ – Briefe politisch inhaftierter Frauen in Belarus

Lesung und Diskussion am 10.6.2024 in Berlin

FB 4-Koordination, TEL 030/227 58943
fachbereich4@gruene-bundestag.de

Fachkräftekongress „Land der Chancen“

Kongress am 18.6.2024 in Berlin

FB 1-Koordination, TEL 030/227 58909
fachbereich1@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf

www.gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter.



AUS DER FRAKTION

Goodbye & Hello

Die Nachricht kam für viele wie ein Donnerschlag. Er war erster grüner Bundesumweltminister unter Rot-Grün, Initiator der Energiewende und des Atomausstiegs, DJ Dosenpfand, Fraktionsvorsitzender, zweimaliger Spitzenkandidat für die Bundestagswahl und Sprecher für Außenpolitik: Jetzt hat **Jürgen Trittin** nach 25 Jahren die Fraktion und den Bundestag verlassen, um sich neuen Aufgaben im Leben zu widmen. Mit minutenlangen Standing Ovationen verabschiedete ihn die Fraktion am 12. Dezember in der letzten Fraktionssitzung vor Weihnachten. „Du bist einer der Klügsten von uns.“ Damit sprach Katharina Dröge in ihrer Dankesrede vielen aus dem Herzen. In seiner letzten Rede im Bundestag am 14. Dezember 2023 appellierte er eindringlich an alle Demokrat*innen, zusammenzustehen, „denn sonst kommen die Antidemokrat*innen an die Macht“. Auf Jürgen Trittin folgt aus Niedersachsen mit **Ottmar von Holtz** kein Neuling im Bundestag: Er war bereits von 2017 bis 2021 Mitglied der Fraktion und übernimmt nun die Leitung der AG Globale Entwicklung von **Deborah Düring**, die an Jürgen Trittins Stelle die Leitung der AG Außen übernimmt.

Nach knapp elf Jahren im Bundestag legte **Chris Kühn** am 15. Februar sein Mandat nieder und wird

Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Als Staatssekretär Steffi Lemkes im Bundesumweltministerium (BMU) befasste er sich zuletzt bereits dort mit der Entsorgung der Überreste des nuklearen Zeitalters. Als Leiter des BASE liegt nun die Endlagersuche in seinen Händen. Als Staatssekretär im BMU folgt ihm **Jan-Niclas Gesenhues**. Das Mandat von Chris Kühn übernimmt **Jürgen Kretz** aus Heidelberg. Er ist Mitglied im Umweltausschuss.

Auch **Nina Stahr** musste die Fraktion am 4. März nach knapp drei Jahren leider verlassen. Die schwache Beteiligung an der Nachwahl zur Bundestagswahl im Februar in Berlin hatte trotz guter grüner Ergebnisse nicht ganz für ihren Verbleib gereicht. Als Berliner Landesvorsitzende bleibt sie der grünen Politik aber erhalten. „Es war mir eine Ehre“, sagte sie in ihrer letzten Rede im Bundestag, in der sie einen starken Appell ans Hohe Haus und die Menschen im Land richtete, streitbar und mit Respekt für die vielfältige Demokratie und unseren Rechtsstaat einzutreten. Ihre bildungspolitischen Themen und ihr Herzensanliegen, die Kindergrundsicherung, wird nun **Franziska Krumwiede-Steiner** aus Mülheim an der Ruhr im Bundestag weiterverfolgen. Die Leitung der AG Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung übernimmt **Anja Reinalter**.

www.gruene-bundestag.de/abgeordnete



NACHGEFRAGT BEI

Andreas Audretsch
Stv. Fraktionsvorsitzender

FUSSBALL-EM 2024

DEN FUSSBALL IM KOPF, EUROPA IM HERZEN

Von **Tina Winkmann**, Sprecherin für Sportpolitik

Nur noch 60 Tage und Deutschland verwandelt sich in den lebhaften Mittelpunkt des europäischen Fußballs: Die UEFA EURO 24 der Männer steht vor der Tür. Die Vorfreude ist groß, die Hoffnung auf einen Sommer voller Leidenschaft, Gemeinschaft und unvergesslicher Momente, der die Menschen vereint.

Dieses Jahr steht die Europameisterschaft unter einem besonderen Stern, denn sie ist mehr als nur ein Sportereignis. Inspiriert durch die Ziele der Bundesregierung – gesellschaftliche Einheit, Zukunftsorientierung und europäische Solidarität – lebt die EURO das Motto „United by Football. Vereint im Herzen Europas“. Deutschland nutzt diese Gelegenheit, um die Bedeutung von Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und Vielfalt in vielen Projekten rund um die EM hervorzuheben – Werte, die weit über das Spielfeld hinausreichen und ein starkes Zeichen an internationale Organisationen wie die FIFA und das IOC senden: Großveranstaltungen im Sport müssen ethisch und nachhaltig realisiert werden. Wir Grüne im Bundestag werden das genau beobachten.

Für die deutsche Fußballnationalmannschaft ist die Heim-Europameisterschaft eine besondere Chance. Sie ist aber auch jenseits des sportlichen Ehrgeizes mehr als nur Fußball – sie ist ein Symbol für Einheit, Hoffnung und die Freude am gemeinsamen Erleben. Lasst uns gemeinsam diesen Sommer genießen und Erinnerungen schaffen.

www.gruene-bundestag.de/sport

FACHKRÄFTEKONGRESS AM 18. JUNI

Land der Chancen

Warum der Kongress?

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften greift um sich und droht in den nächsten Jahren zum größten Hemmnis für die Wirtschaft zu werden. Aber nicht nur das: Auch die Daseinsvorsorge ist gefährdet, wenn keine*r mehr den Bus fährt und immer mehr Unterricht ausfällt.

Was machen wir in der Regierung?

Diese Legislatur haben wir schon einiges auf den Weg gebracht: ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das diesen Namen auch verdient, ein Chancen-Aufenthaltsrecht für die Menschen, die schon hier vor Ort sind, und bessere Förderung von Aus- und Weiterbildungen inklusive der Ausbildungsgarantie.

Was erwartet uns auf dem Kongress?

Wir wollen am 18. Juni mit Vertreter*innen aus Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft besprechen, wie die neuen Regelungen wirken und welche weiteren Schritte nötig sind. Das Thema wird breit und interdisziplinär beleuchtet – von Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über Willkommenskultur bis hin zu künstlicher Intelligenz und den nötigen Skills für eine klimaneutrale Wirtschaft. Mit dabei sind unter anderem Annalena Baerbock, Lisa Paus, Britta Haßelmann, Katharina Dröge – und ich natürlich. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren!

www.gruene-bundestag.de/fachkraeftekongress



Das Jahr, in dem sich die wehrhafte Demokratie beweisen muss

Text **Konstantin von Notz und Misbah Khan**

Der erstarkende Rechtsextremismus stellt die innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland seit Langem vor essenzielle Herausforderungen. Demokrat*innen stehen in der Verantwortung, sich dieser Problematik gemeinsam anzunehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Vor diesem Hintergrund hat die Regierungskoalition den Kampf gegen Rechtsextremismus spürbar intensiviert und überfällige Kurskorrekturen konsequent eingeleitet.

Viele Menschen bekommen das Erstarken der extremen Rechten und hieraus erwachsende Bedrohungen unmittelbar zu spüren: Antisemitismus und Rassismus, Verschwörungserzählungen, Hass und Hetze gegen Engagierte und „Andersdenkende“ greifen immer stärker in unserem Alltag um sich. Das Ausmaß und die aggressive Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene wurden über Jahrzehnte hinweg unterschätzt. Rechtsextreme Gewalt zieht sich als Konstante durch die deutsche Geschichte. Spätestens die in die 90er-Jahre zurückreichende Mordserie des „NSU“ und der Mord an Walter Lübcke, der rassistische und antisemitische Terror in München, Halle und Hanau hätten Warnung genug sein müssen. Doch immer noch wird der rechtsextreme Hintergrund von Gewaltverbrechen ignoriert, missinterpretiert oder verharmlost. Bis heute steigen die Fallzahlen von Hasskriminalität weiter an und politisch motivierte Gewalttaten aus dem rechten Spektrum nehmen zu.

Der Druck von rechts muss die demokratischen Kräfte stärker zusammenschweißen. Deshalb haben wir Grüne jahrelang für den Kampf gegen Rechtsextremismus geworben und immer wieder auf die Gefahren durch Rechtsextremist*innen, völkische Siedler*innen, Reichsbürger*innen und Co. hingewiesen. Heute ist es Konsens unter Demokrat*innen, dass die Bedrohung von rechts die größte Gefahr für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft ist. Auch als grüne Bundestagsfraktion sind wir jeden Tag mit



rechtsextremer Ideologie, Verachtung für unser parlamentarisches System und rassistischem Menschenhass konfrontiert. Dass rechtsextreme Scharfmacherei in unseren Parlamenten weiter an Gehör gewinnt, müssen wir mit allen legitimen Mitteln verhindern.

Das rechtsextreme Drehbuch ist überall auf der Welt dasselbe: Diskurse werden bewusst verdreht und verächtlich gemacht, rechtsstaatliche Institutionen werden offen infrage gestellt. So auch bei uns in Deutschland. Rechtsextremist*innen, die unsere Demokratie und ihre Institutionen angreifen, vernetzen sich gezielt auch international. Der Austausch zwischen Demokratiefeind*innen und autoritären Regierungen könnte intensiver nicht sein. Nur allzu gern hilft beispielsweise Russland logistisch und finanziell dabei, unser politisches System zu diskreditieren und gesellschaftliche Konflikte gezielt zu polarisieren und aufzuheizen. Mit Desinformationskampagnen auf den großen Plattformen und Messengern versuchen die Drahtzieher*innen im Dunkeln, Meinungsmacht vorzugaukeln. Besonders in demokratische Willensbildungsprozesse wie Wahlen greifen sie ein, um deren Ausgang gezielt zum eigenen Vorteil zu beeinflussen – häufig mit Erfolg.

Nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren

Heute ist die Bedrohungslage sehr ernst, auch weil der Problematik lange Zeit nicht die nötige politische Bedeutung beigemessen wurde. Mittlerweile warnen auch die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste mit zunehmendem Nachdruck.

Zu einer ehrlichen Analyse gehört aber auch, dass wir als liberale Demokratie und freiheitliche Gesellschaft insgesamt noch keine umfassenden Antworten auf die Herausforderung durch die Feind*innen der Demokratie gefunden haben. Viel zu lange starrten

wir auf das Treiben der Demokratieverächter*innen dieser Welt wie das Kaninchen auf die Schlange. Das ändert sich gerade. Wir erleben derzeit die größte Demokratiebewegung in der neueren deutschen Geschichte. Wir stehen an der Seite der Millionen von Menschen in unserem Land, die nicht länger tatenlos zusehen, wenn Rechtsextremist*innen sich anschicken, nach der Macht zu greifen.

Die Zeit der Tatenlosigkeit ist vorbei

Seit Beginn der Legislaturperiode hat die Ampelregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus erheblich intensiviert und überfällige Kurskorrekturen eingeleitet: Versteckte Einflussnahmen, insbesondere im digitalen Raum, und hybride Angriffe werden als ernst zu nehmende Probleme erkannt, die Spionageabwehr wird neu aufgestellt und der Schutz unserer kritischen Infrastrukturen soll endlich verbessert werden. All das war höchste Zeit. Die vom Bundeskanzler proklamierte Zeitenwende muss mit politischem Leben gefüllt werden! Dazu gehört, uns als wehrhafte Demokratie zukünftig sehr viel robuster aufzustellen.

Die vielfältigen Instrumente zum Schutz der Demokratie gilt es entschlossen zum Einsatz zu bringen – nicht blindlings und in der Hoffnung auf schnelle Lösungen, sondern gezielt und unter Berücksichtigung der jeweiligen Erfolgsaussichten.

Als Grüne im Bundestag machen wir Druck, die Gesetzesänderungen zum Kampf gegen Rechtsextremismus und zum Schutz unserer Demokratie umzusetzen, die im Koalitionsvertrag, aber zum Beispiel auch im Aktionsplan und im Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus des Bundesinnenministeriums vorgesehen sind. Wir werden Rechtsextreme konsequent entwaffnen, sie schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen und ihre Finanzierungswege bestmöglich austrocknen.



Misbah Khan
Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat

Konstantin von Notz
Stv. Fraktionsvorsitzender

Unsere Demokratie stärken und schützen

Doch damit können wir uns nicht zufriedengeben: Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie muss sich stark machen. Dazu gehört ganz zwingend, die vielen professionellen Präventions- und Beratungsangebote auszubauen. Wir brauchen eine lebendige und handlungsfähige Zivilgesellschaft, die Wissen und Werte der Demokratie in jede Kommune dieses Landes trägt. Es ist deshalb von höchster Bedeutung, dass das Demokratiefördergesetz zeitnah verabschiedet wird.

Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen beleidigt, bedroht und angegriffen werden – ob in den sozialen Netzwerken oder auf der Straße. Es gehört zu unserer grundgesetzlichen Verantwortung, dass jede*r in diesem Land sicher ist. Das ist leider, 75 Jahre nach der

Erarbeitung des Grundgesetzes, keine Selbstverständlichkeit, und die derzeitige Verunsicherung ist groß. Durch die Correctiv-Recherchen sind die Risse in der scheinbar bürgerlichen Fassade der AfD nicht mehr zu übersehen. Die menschenverachtenden Pläne der extremen Rechten sind spätestens seit diesem Jahr für alle öffentlich sichtbar.

Es ist an der Zeit, dass wir unsere Demokratie aktiv schützen. Insgesamt ist der Werkzeugkoffer gut gefüllt, um Gefahren abzuwehren und unsere demokratischen Institutionen und die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Lasst uns gemeinsam für Vielfalt und Toleranz eintreten. Die Zeit der wehrhaften Demokratie ist jetzt!

www.gruene-bundestag.de/demokratie

Unsere Demokratie wehrhaft machen

Text **Irene Mihalic und Till Steffen**

Liberalen Demokratien sind auf der ganzen Welt bedroht. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vergiften den öffentlichen Diskurs und nutzen den Zugriff auf staatliche Macht, um demokratische Mitbewerber*innen auszuschalten. In Wahlkämpfen diskreditieren sie politische Gegner*innen und erklären sie zu Feind*innen des Landes. Wo sie Wahlen gewinnen, werden kontrollierende Gegenmächte wie Gerichte und freie Medien auf Linie gebracht.

Deshalb müssen wir unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und die sie tragenden Institutionen widerstandsfähiger aufstellen. Das tun wir seit Beginn der Wahlperiode mit den Mitteln des Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie.

Unsere Reform des Parteiengesetzes sorgt für mehr Transparenz. Neu darin ist die Regelung zu verdeckten Werbemaßnahmen, sogenannten Parallelaktionen. Zukünftig können sich Parteien nicht mehr hinter vermeintlich eigeninitiativer Werbung durch Dritte verstecken, sondern müssen solche Werbemaßnahmen als Spenden verbuchen. Auch für Spenden aus dem Ausland gelten schärfere Regeln; insbesondere in Zeiten vermehrter Einflussnahme durch ausländische Akteure ist das ein wichtiger Schritt.

Mit dem neuen Gesetz zur Finanzierung parteinaher Stiftungen unterbinden wir Versuche, staatliche Gelder zu nutzen, um gegen die Demokratie zu arbeiten. Parteinahe Stiftungen müssen zukünftig sicherstellen, dass sie aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung und für den Gedanken der Völkerverständigung eintreten.

Verfassungsfeind*innen können zukünftig schneller aus dem öffentlichen Dienst und den Gerichten entfernt werden. Das haben wir mit der Reform des Bundesdisziplinargesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes neu geregelt. Dies gilt auch für ehrenamtliche Richter*innen, bei denen wir über das Richtergesetz nachschärfen. Mitgliedschaften in verbotenen Parteien und Vereinigungen werden konse-

quenter geahndet. Politische Beamt*innen müssen sich auch im einstweiligen Ruhestand zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Waffen in den Händen von Extremist*innen sind eine Gefahr für unser Land und unsere Gesellschaft. Durch eine Reform des Waffenrechts wollen wir aktuelle Gesetzeslücken schließen und Extremist*innen konsequent entwaffnen.

Zunehmenden Angriffen auf Engagierte, Mandatsträger*innen oder Journalist*innen begegnen wir mit einer erneuten Reform des Bundesmeldegesetzes.

Die letzte Bastion des Rechtsstaats sind die Gerichte. Am Beispiel unseres Nachbarlands Polen konnten wir beobachten, wie man systematisch mit einfachen Mehrheiten die gesamte Gerichtsbarkeit bis hin zum Verfassungsgericht untergraben kann. Auch in Deutschland würde eine einfache parlamentarische Mehrheit ausreichen, um das Bundesverfassungsgericht lahmzulegen oder ausschließlich mit politisch erwünschten Personen zu besetzen. Bislang gewährleistet ein breiter Konsens unter Demokrat*innen, dass diese Gefahr nicht zur Realität wird. Doch überlegen wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien, wie sich das Bundesverfassungsgericht zukünftig besser schützen und seine Unabhängigkeit sichern lässt. Denkbar wäre, manche Regelung ins Grundgesetz zu übernehmen und sie damit dem Zugriff einer einfachen Mehrheit zu entziehen. Bislang ist die Union in dieser Frage zurückhaltend. Wir sind aber weiterhin zu Gesprächen bereit.

Wenn die Demokratie durch antidemokratische Kräfte herausgefordert wird, sind wir in der Pflicht, auch die Waffen des wehrhaften Rechtsstaats nachzuschärfen.

www.gruene-bundestag.de/recht



Irene Mihalic
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin



Till Steffen
Parlamentarischer
Geschäftsführer

Mehr Bürgerbeteiligung

Text **Leon Eckert**

Der erste Bürgerrat hat dem Parlament seine Empfehlungen übergeben. Ein Novum in der Geschichte unseres Parlaments. Damit hat ein zentrales Vorhaben der Ampelkoalition zu mehr Bürgerbeteiligung Gestalt angenommen. Ein Bürgerrat – ausgewählt in einem zweistufigen Losverfahren – bildet einen Querschnitt der Menschen in Deutschland ab. Unterstützt durch professionelle Moderation und wissenschaftliche Begleitung hat ein Bürgerrat die Chance, zu einem vorgegebenen Thema seine Ideen ohne die bestehenden Zwänge der Politik frei zu diskutieren. So schaffen wir einen Diskussionsraum für innovative Vorschläge. Am Ende entscheidet das Parlament über die Empfehlungen des Bürgergutachtens.

„Ernährung im Wandel – zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ lautete die Leitfrage des ersten Bürgerrats des Deutschen Bundestags. Von September 2023 bis Februar 2024 konnten erstmals 160 Bürger*innen direkt im Deutschen Bundestag ihre Empfehlungen an die Parlamentarier*innen formulieren. Ein zentraler Vorschlag sieht vor, ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder sicherzustellen.

Was auf den ersten Blick einfach aussehen mag, gestaltet sich im Spannungsfeld zwischen Bürgerbeteiligung und repräsentativer Demokratie als komplexer Prozess. Denn mit den Empfehlungen des Bürgergutachtens ist natürlich auch der Wunsch entstanden, diese umsetzen. Doch darauf existiert kein formaler Anspruch. Will man den Bürgerrat also ernst nehmen, kommt es jetzt darauf an, für eine ernsthafte Debatte der Ergebnisse im Parlament zu sorgen.

www.gruene-bundestag.de/buergerrat



Leon Eckert
Berichterstatler für
Bürgerräte

Nur Mut!

Text **Katrin Göring-Eckardt**

Vor 35 Jahren gingen Woche für Woche Tausende auf die Straße: in Plauen, Leipzig, Erfurt und Weimar. Ich war eine von ihnen. Wir wollten Freiheit. Demokratie. Zukunft selber machen. Schluss mit Diktatur und Fremdbestimmung. Die friedliche Revolution 1989 hat gezeigt: Demokratie fällt uns nicht in den Schoß. Es braucht Demokrat*innen, die sie machen.

Heute gehen wir wieder auf die Straße, manche das erste Mal seit 1989, andere zum ersten Mal in ihrem Leben. Heute tun wir es in Freiheit, niemand muss Angst haben, ins Gefängnis zu kommen, drangsalieren zu werden oder Freund*innen und Familie in Gefahr zu bringen, wie damals in der DDR.

Noch im vergangenen Sommer hatte ich in unserer Gesellschaft viel Müdigkeit und Erschöpfung wahrgenommen und auch Angst, in der eigenen Nachbarschaft aufzustehen. Heute aber ist überall Mut. Ich sehe die Engagierten von damals mit vielen Neuen. Seit an Seit auf der Straße, mit selbst gemalten Schildern, oft witzig und immer aus dem Herzen. Jetzt spüren sie: Sie sind nicht allein. Wir sind nicht allein. Aus einer verzagten Mitte wird eine unverzagte Mehrheit. Aus Angst wurde Mut. Und dabei gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West: Die Demo-Landkarte zeigt ein vereintes Deutschland. In Jena genauso wie in Jever, in Apolda wie in Aachen, in Nordhausen wie in Nürnberg. Das stärkt die vielen, die jeden Tag überall in Deutschland vor Ort Gesicht zeigen, die Demokratie mit Leben füllen. Es braucht diese Kraft für Demokratie und Freiheit, die Begeisterung, die Unverzagtheit. Die Zukunft ist aus Mut gemacht.



Katrin Göring-Eckardt
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestages

Zukunft wird vor Ort gemacht

Text **Anne Monika Spallek, Stefan Schmidt und Karoline Otte**

Mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Hier entscheidet sich, ob wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen.

Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Mit nachhaltigen Geschäftsmodellen, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten kann sich hier Wirtschaftskraft entfalten. Im Bereich „Ernährung und Landwirtschaft“ bieten regionale Erzeugung und Vermarktung ein großes Potenzial.

Um die Attraktivität ländlicher Räume zu erhöhen, sind flexible Mobilitätsangebote und auf die ländlichen Strukturen zugeschnittene Verkehrsverbindungen ebenso wichtig wie eine zuverlässige Versorgung mit Medizin und Internet.

Gutes Leben und regionale Wirtschaft

Wir möchten, dass ländliche Räume gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Die Menschen hier sollen gut von ihrer Arbeit leben können, ihre Grundversorgung muss gewährleistet sein. Einige Erfolge bei der Förderung der ländlichen Räume sind uns bereits gelungen: Wir konnten die Mittel der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) auf dem vorgesehenen Niveau für 2024 sichern. Das sogenannte Regionalbudget ist nun ein fester Bestandteil der GAK. Es ermöglicht eine von Eigenverantwortung getragene ländliche Entwicklung.

Die Mittel der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) konnten wir sogar leicht erhöhen auf 679,4 Millionen Euro. Erstmals können nun – zusätzlich zur Förderung gewerblicher Investitionen – bis zu zehn Prozent der Mittel



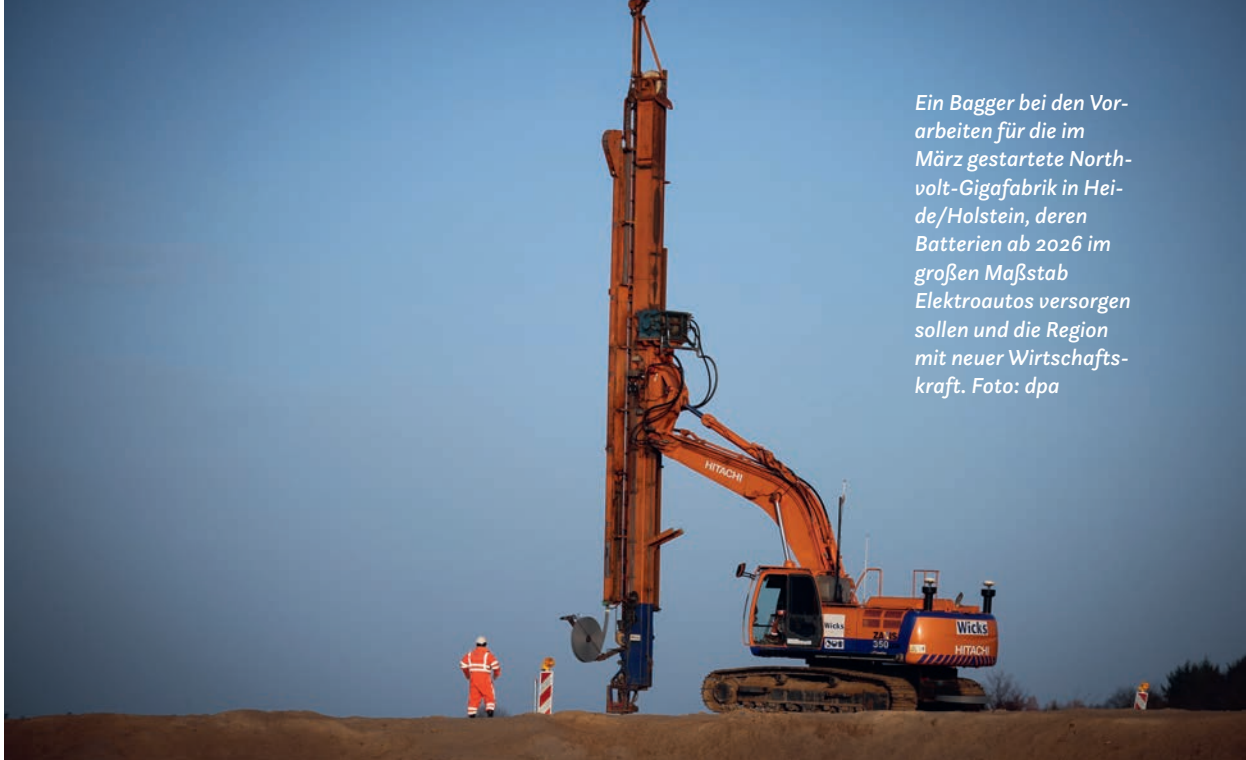
Anne Monika Spallek
Berichterstatterin für
ländliche Räume



Stefan Schmidt
Obmann im Ausschuss für
Tourismus



Karoline Otte
Mitglied im Ausschuss für
Wohnen, Stadtentwicklung,
Bauwesen und Kommunen



Ein Bagger bei den Vorarbeiten für die im März gestartete Northvolt-Gigafabrik in Heide/Holstein, deren Batterien ab 2026 im großen Maßstab Elektroautos versorgen sollen und die Region mit neuer Wirtschaftskraft. Foto: dpa

in die regionale Daseinsvorsorge investiert werden, zum Beispiel in Kitas, die Tourismuswirtschaft oder in den öffentlichen Personennahverkehr.

Mit dem neu verankerten Recht auf schnelles Internet und der Gigabitstrategie schließen wir Versorgungslücken. In Sachen Verkehrsinfrastruktur konnten wir die Förderung von 118 Mobilitätsstationen von Bayern bis Rügen durchsetzen. Sie verknüpfen verschiedene Verkehrsträger miteinander, ohne das Auto auszuschließen.

Um die Gesundheitsversorgung zu verbessern, setzen wir auf innovative Lösungen. Ein ganzheitlicher Ansatz, den die Region Seltenrain und die Stiftung Landleben im Thüringer Unstrut-Hainich-Kreis verfolgt, ist zum Beispiel der Gesundheitskiosk. Hier werden Gesundheit, Mobilität und weitere Aspekte zusammengedacht und den Bürger*innen umfassende Beratung vor ihre Haustür gebracht.

Gemeinsam gestalten mit soliden Finanzen

Nachhaltig starke Kommunen gibt es nur mit belastbaren Kommunal финанzen. Besonders in Strukturwandelregionen fehlen aber die finanziellen Gestaltungsspielräume für aktive Politik. Als grüne Fraktion halten wir dagegen. Wir fordern eine Reform der Schuldenbremse und Investitionsoffensiven, die vor Ort ankommen. Wir haben bereits im letzten Haushalt Fördermit-

tel für Begegnungsorte, Turnhallen oder Parks in über 130 Kommunen gerettet. Über das zentrale Förderportal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz soll zudem ab 2025 eine vollständig digitale Antragstellung möglich sein.

Wichtig ist, dass das Geld, das vor Ort verdient wird, auch dort bleibt. Erneuerbare Energien sind die große Chance, mehr Wertschöpfung in die Regionen zu bringen. Es ist ein grüner Erfolg, dass wir die finanzielle Beteiligung der Kommunen an Wind- und Solarparks abgesichert und ausgeweitet haben.

Ein gutes Gemeinwesen bietet das, was wir im Alltag brauchen. Deshalb stärken wir die Teilhabe aller Menschen vor Ort und erarbeiten derzeit die Engagementstrategie des Bundes. Als grüne Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, die Selbstentfaltung der Menschen in den ländlichen Räumen und die Gestaltung ihrer Heimat zu fördern.

Uns ist bewusst, dass noch viele Fragen offen sind – von der Überalterung vieler Kommunen bis zu leer stehenden Häusern auf der einen und Zersiedelung der Landschaft auf der anderen Seite. Die Antworten darauf wollen wir gemeinsam mit den Menschen finden, ihnen zuhören und ihre Lebensweisen sowie Traditionen wertschätzen. Bei unserem Kommunalkongress Mitte März, zu dem kommunal Engagierte aus ganz Deutschland kamen, hatten wir dazu Gelegenheit.

www.gruene-bundestag.de/laendliche-raeume

Debbie COOL

Jürgen Trittin geht, Debbie Düring kommt.

Text **Gisela Hüber**, Foto: **Stefan Kaminski**

Von einem kleinen Dorf in Oberbayern, wo Deborah Düring aufwächst, zieht es sie früh hinaus in die Welt. Nach dem Abitur absolviert sie ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer kleinen indigenen Gemeinde in Costa Rica. Auf das Studium der Sozialwissenschaften in Augsburg sattelt sie ein weiteres drauf, studiert Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main und schiebt noch ein Auslandssemester in Lima/Peru ein.

Mit 23 tritt die begeisterte Wahl-Frankfurterin den Grünen bei, auch wegen deren progressiver Forderungen bei der Migrationspolitik. Wenig später ist sie Sprecherin der Grünen Jugend Hessen. 2021 erringt sie einen Platz auf der Landesliste für den Bundestag. In der grünen Bundestagsfraktion wird sie bald entwicklungspolitische Sprecherin, lernt „on the job“, was man im politischen Handwerk wissen muss. Zum Beispiel, wann es besser ist, kooperativ vorzugehen, und wann es Zeit ist, öffentlich Druck zu machen. Als außenpolitische Sprecherin der Fraktion ist sie nun für die ganze Welt zuständig.

Gemeinsam mit der Außenministerin hat sie gerade ein intensives Reisepensum absolviert: In Montenegro und Bosnien-Herzegowina gab es Gespräche mit Abgeordneten und Expert*innen zum EU-Beitritt. In Paris ging es um das angespannte deutsch-französische Verhältnis. Am nächsten Tag ging es dann mit ihrer Kollegin Sara Nanni weiter zu Terminen bei der NATO in Brüssel – und da ist erst eine halbe Arbeitswoche um.

„Die sichtbaren und unsichtbaren Krisen in dieser Welt nehmen zu und sie hängen miteinander zusammen. Unsere Antwort darauf ist eine Politik, die die Zusammenhänge und Machtstrukturen dahinter versteht und genau diese aufbricht.“ Ihre politischen Schwerpunkte sind die Stärkung des Multilateralismus, die Transformation der internationalen Finanzsysteme sowie Krisenprävention und Stabilisierung in den Krisengebieten der Welt. Alles dicke Bretter. Sie geht sie cool und analytisch an: operationalisieren, Ziele bestimmen, Schritte festlegen. Und mit dem nötigen Realismus. „Mir ist klar, dass ich ein Teil eines großen Ganzen bin. Täglich begegne ich inspirierenden Menschen, mit denen ich gemeinsam für ein besseres Morgen kämpfe.“

Ohne Geld geht es allerdings nicht und das fehlt zurzeit an allen Ecken und Enden. In dieser Situation findet sie es „nicht schlau“, den Kuchen, den der Staat zur Verfügung hat, zu verkleinern. „Wir müssen ihn größer machen.“ Schuldenbremse reformieren, Steuererhöhungen für Reiche, Erbschaftssteuer – es gibt Möglichkeiten.

„Entscheidend ist, wofür wir Geld ausgeben – und wofür nicht. Mehr Investitionen benötigen wir für die soziale und globale Gerechtigkeit. Denn wir werden die Krisen und Konflikte dieser Welt nicht allein militärisch lösen können.“



Wilhelmstraße

Cfno
COLLECTION HUNGARY


Cfno
HUNGARIAN PLACE

1924

CESA
cesas

Stärke in der **EINHEIT**





2024 steht für Europa viel auf dem Spiel. Es geht darum, unsere Errungenschaften – Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Vielfalt – in ganz Europa zu verteidigen und die EU handlungsfähiger zu machen.

Text **Chantal Kopf und Michael Sacher**

Die Europäische Union steht vor entscheidenden Wahlen. Werden sich die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte durchsetzen, die weiter am gemeinsamen europäischen Haus bauen wollen? Oder wird das Pendel, wie bereits in einigen Mitgliedstaaten, weiter nach rechts ausschlagen?

In diesen Zeiten sind die europäischen Gesellschaften und ihre teils jungen Demokratien durch Desinformation und Destabilisierungsversuche von innen wie außen so gefährdet wie selten zuvor. Zugleich braucht es mehr denn je ein geeintes und einiges Europa. Um dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem zunehmenden Einfluss von Rechtsextremen begegnen zu können, muss Europa stärker werden. Und zugleich offen bleiben für neue Beitrittskandidaten. Wir Grüne im Bundestag setzen uns dafür ein, die EU widerstandsfähiger und handlungsfähiger zu machen. Dazu gehört, Europas Sicherheitsarchitektur neu zu gestalten, auch – aber nicht nur – für den Fall, dass sich die USA unter einem Präsidenten Trump aus der NATO zurückziehen würden. Angesichts einer zunehmend aggressiven hybriden Bedrohungslage braucht die EU dringend eine gemeinsame Strategie. Sie muss ihre Stärke in der Einheit wiederfinden. Das ist die richtige Antwort auf Putins Aggression gegen die Ukraine und Europa.

Geschlossenheit ist wichtiger denn je

Vor etwas mehr als zwei Jahren begann Russlands Völlinvasion in der Ukraine, seitdem haben sich Europa und die Welt tiefgreifend verändert. Der Gedanke eines dauerhaften Friedens auf europäischem Boden hat sich vorerst als Illusion erwiesen. Die westlichen Staaten stehen einem autokratischen Russland gegenüber, das es sich zum Ziel gesetzt hat, die liberale, regelbasierte Ordnung in Europa zu beenden. Umso wichtiger ist es, die Ukraine mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, damit sie erfolgreich aus diesem Kampf um Freiheit und Demokratie hervorgeht und perspektivisch ein Teil der EU werden kann. Je geschlossener Europa auftritt, desto eher wird Putin einsehen müssen, dass seine Aggression von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Wir

*„Europapolitik findet nicht nur in Brüssel oder Berlin statt, sondern als Europaausschuss suchen wir intensiv den Austausch mit anderen Parlamentarier*innen und der Zivilgesellschaft in ganz Europa. Und auch in Deutschland werben wir stetig vor Ort für die Vorteile der europäischen Integration – ob es um ein Ende des Ladekabelsalats geht, faire Arbeitsbedingungen oder unser aller Sicherheit.“*



Chantal Kopf
Sprecherin für Europapolitik

müssen ihm seine Grenzen aufzeigen, denn sein Krieg richtet sich nicht ausschließlich gegen die Ukraine, sondern auch gegen ihre westlichen Partner, gegen uns. In der Wirtschafts- und Energiepolitik ebenso wie im Cyberraum, in den sozialen Netzwerken und in den Medien findet diese hybride Kriegsführung längst statt. Doch davon wird sich Europa nicht einschüchtern lassen.

Ein wichtiges Signal der Geschlossenheit ist der gemeinsame Antrag der Regierungskoalition „Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen“. Damit haben wir gezeigt: Putins Strategie geht nicht auf. Die Mehrheit des Deutschen Bundestags steht unverbrüchlich an der Seite der Ukraine und wird sie dauerhaft umfassend unterstützen. Das heißt Unterstützung mit Waffen und Munition, es heißt aber auch Zusammenarbeit für psychosoziale Hilfsangebote oder bei der Einrichtung einer Gerichtsbarkeit, um die Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine aufzuarbeiten. Es gibt noch viele weitere konkrete Maßnahmen.

Dass die EU mit der Ukraine sowie der Republik Moldau Beitrittsgespräche führen wird, haben wir als Regierungskoalition im Parlament ebenfalls in aller

Deutlichkeit unterstützt. Auch die Beitrittsperspektive für Georgien sowie die Staaten der Westbalkanregion wurde dabei unterstrichen. Viele Menschen auf dem europäischen Kontinent sehnen sich aktuell danach, Teil der EU-Familie zu werden. Uns als grüner Bundestagsfraktion ist es wichtig, diese Menschen nicht zu enttäuschen. Länder, die, um den Beitrittskriterien zu entsprechen, ausreichende Reformanstrengungen unternehmen, müssen eine glaubhafte EU-Perspektive erhalten.

Die EU handlungsfähiger machen

Zugleich steht für uns außer Frage, dass die EU an sich selbst arbeiten muss. Auch angesichts der künftigen Erweiterung muss sie sich im Inneren reformieren, um handlungsfähiger zu werden. In der AG Europa der Bundestagsfraktion beschäftigen wir uns intensiv mit Reformvorschlägen, um etwa mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der EU einzuführen und nationale Vetomöglichkeiten zu überwinden. Auch in

„Ich bin überzeugt, dass wir für eine Erweiterung und Vertiefung der EU die Jugend in Europa weiterhin für das Projekt EU begeistern müssen. Das gelingt durch kulturellen Austausch und gemeinsame Erfahrungen, die wir noch stärker fördern sollten.“



Michael Sacher

Obmann im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung gibt es eine Arbeitsgruppe zur „Zukunft Europas“, die gemeinsam mit Expert*innen die Erweiterungs- und Reformdebatte führt. Nach dem politischen Wechsel in Polen wollen wir zudem zusammen mit Frankreich das Format des Weimarer Dreiecks verstärkt nutzen, um diese europäischen Zukunftsfragen voranzutreiben.

Eine besondere Priorität genießt für uns Grüne im Bundestag die Verteidigung der Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Erfolge, die zum Einfrieren von europäischen Geldern an Ungarn beitrugen, konnten wir mit parlamentarischen Initiativen im Deutschen Bundestag ebenso wie im Europäischen Parlament erreichen. Wir stehen dafür, diesen Kurs konsequent beizubehalten und Orbáns Erpressungsversuchen standzuhalten.

Ein zentrales Element für eine starke Demokratie in Europa sind Strategien gegen die Desinformation. Es braucht eine europäische Antwort auf die systematischen Versuche, demokratische Institutionen und den demokratischen Diskurs als solchen anzugreifen. Im Zeitalter von Fake News muss die EU strategischer kommunizieren, indem sie Propaganda aktiv entlarvt, mehr Aufklärung betreibt. Es wird wichtig sein, dass sie ihre Legitimation stärkt, indem sie eigene Narrative entwickelt, um ihre Politik überzeugend an die europäischen Bürger*innen heranzutragen. Was die Europäische Kommission jüngst mit ihrem Paket zur Verteidigung der Demokratie, zum Schutz der Wahlinfrastruktur und gegen ausländische Einflussnahme vorgelegt hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Gut so. Auch das EU-Gesetz über digitale Dienste zählt dazu. Wir Grüne im Deutschen Bundestag unterstützen die Umsetzung dieser EU-Maßnahmen hier in Deutschland – zusätzlich zu den nationalen Initiativen zum Schutz unserer Demokratie im Schicksalsjahr 2024.

Erstmals bei dieser Europawahl sind in Deutschland Menschen ab 16 Jahren zur Wahl berechtigt, auch das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie in Europa, für den wir Grüne im Bundestag schon seit Jahren eintreten. Wir hoffen, dass möglichst viele diese Chance nutzen, um Europa für die großen Zukunftsaufgaben stark zu machen.

www.gruene-bundestag.de/europa

Dein Land, dein Pass!



Canan Bayram, Obfrau im Rechtsausschuss



Filiz Polat, Parlamentarische Geschäftsführerin

Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht setzen wir ein demokratisches Zeichen: Alle, die dauerhaft in unserem Land leben, gehören dazu und sind uns willkommen. Unsere Fachpolitikerinnen Filiz Polat und Canan Bayram erklären die Ziele der Reform.

profil:GRÜN: Wie ist eure persönliche Geschichte mit der deutschen Staatsangehörigkeit?

Filiz: Unser Staatsangehörigkeitsrecht stammt ursprünglich aus der wilhelminischen Kaiserzeit und war in seiner Grundausrichtung bis vor 25 Jahren ein reines Jus Sanguinis, also Blutsrecht. Das heißt, du bist Deutsche, sobald in deinen Adern deutsches Blut fließt. Da meine Mutter aus Norddeutschland stammt, hatte

ich also automatisch die deutsche und durch meinen türkischen Vater auch die türkische Staatsangehörigkeit. Ich war keinem Einbürgerungsprozess unterworfen, sondern von Geburt an doppelte Staatsbürgerin. Im Gegensatz zu anderen Türkeistämmigen, denen das verwehrt wurde.

Canan: Ich war sechs Jahre alt, als ich mit meinen Eltern nach Deutschland kam. Wir lebten am Nieder-

rhein auf dem Dorf und gehörten eigentlich selbstverständlich dazu. Mir wurde erst bewusst, dass mich etwas von den anderen unterscheidet, als ich ab dem 16. Lebensjahr im türkischen Konsulat meinen Pass und in der Ausländerbehörde meine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen musste. Das war

immer mit einer gewissen Anspannung in der Familie verbunden. Rot-Grün verbreitete 1998 dann eine Aufbruchstimmung, ein Versprechen von einer anderen Gesellschaft, in der mehr Menschen dazugehören. Ich habe mich deshalb im Sommer 1999 einbürgern lassen – noch nach altem Recht und deswegen meine türkische Staatsbürgerschaft abgegeben.

Filiz: Rot-Grün hat damals erstmals mit dem Blutsrecht gebrochen und den Weg in Richtung Geburtsortsprinzip geebnet. Also dass du, wenn du hier deinen Lebensmittelpunkt hast, auch deutsche*r Staatsbürger*in sein kannst, ohne deutsche Vorfahren zu haben. Damit tun sich Konservative nach wie vor schwer – genau wie mit der Mehrstaatigkeit. Ich bin mit dem Thema erst richtig durch die damalige unsägliche Unterschriftenkampagne der Union gegen die doppelte Staatsbürgerschaft konfrontiert worden. Da habe ich gemerkt, dass das auch mich betrifft, und mich zum ersten Mal richtig ausgegrenzt gefühlt.

Canan: Deshalb ist es ein Meilenstein, dass es uns gelungen ist, mit unserer Reform die Vermeidung der Mehrstaatigkeit auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen. Das hilft gerade jungen Menschen. Die werden nun nicht mehr vor diese Identitätsfrage gestellt, welchen Pass sie behalten wollen.

ist eine Anpassung an EU- und internationale Standards. Dadurch wird Deutschland als Einwanderungsland attraktiver – gerade auch für Fachkräfte. Es stärkt den Wirtschaftsstandort, wenn wir denjenigen, die hier ihren Arbeitsmittelpunkt sehen, die Staatsangehörigkeit anbieten.

Filiz: Zudem stärken wir unsere Demokratie. Derzeit leben hier elf Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Davon sind 1,7 Millionen sogar in Deutschland geboren. In einigen Kommunen stellen sie einen sehr hohen Anteil. Dieses Auseinanderdriften von Wohn- und Wahlbevölkerung hat das Bundesverfassungsgericht schon lange angemahnt. Deshalb gewähren wir nun mehr Menschen echte Teilhabe und Mitbestimmung bei Wahlen.

Anspruch auf Einbürgerung haben nur noch Menschen, die ihren Lebensunterhalt komplett selbst aufbringen können. Das ist ein bitterer Kompromiss für uns Grüne, oder?

Filiz: Das stimmt leider. Wir haben wirklich hart dafür gekämpft, dass das nicht Einzug ins Gesetz hält. Für Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder solche, die Angehörige pflegen und darum unverschuldet Sozialleistungen beziehen, führt künftig nur noch der Weg über die sogenannte Ermessenseinbürgerung zur deut-

Die Kernpunkte der Reform

- **Verkürzung der Einbürgerungsfristen: von acht auf fünf, bei besonderen Integrationsleistungen von sechs auf drei Jahre**
- **Akzeptanz von Mehrstaatigkeit: Niemand muss mehr seinen oder ihren Pass abgeben, um Deutsche*r zu werden.**
- **Stärkung des Geburtsortsprinzips: Alle in Deutschland geborenen Kinder erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil fünf Jahre rechtmäßig hier lebt.**
- **Lebensleistung anerkennen: Vereinfachte Einbürgerung der Generation der Gast- und DDR-Vertragsarbeiter*innen, Wegfall von Sprachprüfung und Einbürgerungstest**
- **Staatenlosigkeit verringern: Wir wollen die Einbürgerung von Staatenlosen erleichtern.**

Im Türkischen sagen wir „Mutterland“ und im Deutschen „Vaterland“: Warum sollte man sich zwischen Mutter und Vater entscheiden müssen, wenn man beide Elternteile haben kann?

Welche weiteren Ziele verbindet ihr mit der Reform?

Canan: Wir bilden mit dem Gesetz endlich ab, was längst Realität in der Bundesrepublik Deutschland ist, und machen unser Land damit fit für die Zukunft. Die Verkürzung der Einbürgerungsfristen

GRÜNE MOTOREN IM PARLA- MENT

Lisa Badum

schen Staatsangehörigkeit. Deshalb haben wir mit dem Gesetz einen Antrag mitverabschiedet, in dem wir die Bundesländer dazu auffordern, die künftige Einbürgerungspraxis dieser Gruppen zu evaluieren. Sollten sie bei der Ermessenseinbürgerung benachteiligt werden, müssen wir nachbessern.

Canan: Vielleicht gelingt es uns auch noch, diese Fragen im Rahmen der Verwaltungsvorschriften zu lösen, die uns vom Bundesinnenministerium zugesagt wurden. Darüber hinaus fordern wir in dem Antrag, die Situation der Staatenlosen zu verbessern. Wir haben schon in der letzten Legislatur einen Antrag eingebracht, wo wir Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglichen wollten, die aufgrund des Klimawandels staatenlos werden.

Filiz: Wir wollen mehr Staatenlose entsprechend den internationalen Verpflichtungen einbürgern und halten die Bundesländer dazu an, verstärkt auf sie zu schauen. Wir Deutsche haben hier eine besondere Verantwortung. Im Nationalsozialismus wurden Regimegegner*innen ausgebürgert und zu Staatenlosen gemacht. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Staatsangehörigkeitsrecht immer im Kontext unserer Geschichte sehen.

Das tun wir nun auch bei der Gastarbeiter-Generation, für die wir die Anforderungen an die Einbürgerung lockern.

Filiz: Die Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeiter*innen haben unglaublich viel geleistet für dieses Land. Sie haben das Wirtschaftswunder mit ermöglicht und ihre Kinder zu einer sehr erfolgreichen Generation erzogen. Diese Lebensleistung wollen wir nach all den Jahren mit einer erleichterten Einbürgerung würdigen. Das ist ein ganz wichtiges Signal in die Migrationsgesellschaft.

Canan: Ja, dabei geht es um die Anerkennung des Beitrags, den diese Menschen geleistet haben. Die Staatsangehörigkeit hat viele Aspekte, die über das rein Rechtliche hinaus einen hohen Wert besitzen, weil sie echte Zugehörigkeit ausdrücken. Ich fand es schön, dieses Willkommen zu feiern, als ich 1999 im Bonner Rathaus eingebürgert wurde. Das liegt vielleicht auch an meinem Nachnamen. Bayram bedeutet Fest.

Filiz: Wir sollten auch dieses Gesetz mit einem großen Fest feiern.

Wir danken euch für das Gespräch.

www.gruene-bundestag.de/dein-pass



In dieser Rubrik haben wir in der letzten Ausgabe die grünen Ausschussvorsitzenden vorgestellt. Heute stellen wir drei Abgeordnete vor, die weitere wichtige, aber öffentlich nicht so bekannte Gremien im Parlament leiten.

Lisa Badum, Vorsitzende im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik

Unser Ausschuss begleitet das wichtigste Klimagremium der Welt: die internationalen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen. Klimaaußenpolitik wird bei uns lebendig, indem wir Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik zusammendenken und so unseren Partnerländern gegenüber eine gemeinsame Strategie aller beteiligten Ressorts entwickeln. Wir halten außerdem nach, wo wir mit Ländern wie dem Senegal, Indien oder Brasilien mit unseren Klimapartnerschaften stehen. Dass Deutschland selbst eine glaubwürdige nationale Klimapolitik betreibt, ist dabei sehr wichtig. Die Energiekrise in Europa und die kurzfristige Nachfrage nach mehr Flüssiggas dürfen die Energiewende nicht bremsen.

Wir erlauben uns im Ausschuss zudem immer wieder, in die Tiefe zu gehen und neue Themen aufzusetzen, wie zum Beispiel die Energiewende im „erneuerbaren“ Nahen Osten. Schwierig ist besonders bei Delegationsreisen der Umgang mit der AfD: Es fällt

Jamila Schäfer

Emilia Fester

Foto: S. Kaminski

schwer, als Delegationsleitung für Menschen ansprechbar zu sein, die unsere Demokratie abschaffen wollen. Umso erfreulicher ist es, dass die überparteiliche Zusammenarbeit unter den demokratischen Fraktionen sehr gut funktioniert und alle ambitioniert am multilateralen Klimaschutz arbeiten.

Jamila Schäfer, Vorsitzende im Bundesfinanzierungsgremium

In den Jahren vor der Finanzkrise bündelten Investmentbanken fragwürdige Hypothekenkredite in verlockende Anleihen und verkauften sie an Investor*innen. Als die Kredite strauchelten und damit die Anleihen, stürzte zuerst der Immobilienmarkt und dann das gesamte globale Finanzsystem in eine existenzielle Krise. Die Lehman-Insolvenz riss die Wirtschaft in einen Abgrund. Die Bundesregierung war gezwungen, ein gigantisches Rettungspaket zu schnüren, um das Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren.

Um eine solche Krise künftig zu vermeiden, schuf der Bundestag 2009 das Bundesfinanzierungsgremium, eine Instanz zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsverschuldung, Unternehmensbeteiligungen und Finanzmarktstabilität. Wir kontrollieren, zu welchem Zweck der Bund welche Schulden macht, beobachten die Finanzmarktpolitik und die Beteiligungen des Bundes an 100 Unternehmen. Mir macht es sehr viel Spaß, die Sitzungen zu leiten, weil man viel über die Funkti-

onsweise unseres Staates und der Finanzmärkte lernt und unsere Diskussionen dort eine wichtige Grundlage für Parlamentsentscheidungen sind.

Emilia Fester, Vorsitzende der Kinderkommission (bis 12/2023)

Die Kinderkommission soll die Interessen junger Menschen in der Politik vertreten, trotzdem sind junge Sachverständige dort eine Seltenheit. Das wollte ich in meiner Zeit als Vorsitzende der „Kiko“ von Juni bis Dezember 2023 ändern, denn: Interessenvertretung geht nur mit Beteiligung. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Jugend müssen in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Sie sind eigenständige Subjekte, denen wir Gehör und Gestaltungsmacht zugestehen müssen.

In neun Sitzungen unter dem Motto „Jetzt reden wir! Wie junge Menschen leben, kämpfen und gestalten“ waren ausschließlich Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene unter 27 Jahren als Sachverständige zu Gast. Ob zum selbst verwalteten Jugendzentrum, dem Recht auf Mobilität oder dem Einsatz gegen Rassismus – sie brachten sich mit klugen Analysen und Ideen ein.

Nun gilt für uns alle, die Forderungen und Perspektiven der Sachverständigen nach außen zu tragen und Wege zu finden, den Bundestag jugendgerechter zu gestalten.

www.gruene-bundestag.de/ausschuesse

1 Fachbereich WIRTSCHAFT & SOZIALES



Foto: Bundestagsfraktion

Abgeordnete der Fraktion besuchen bei ihrer Klausur im Februar die Stadtwerke Leipzig.

Gemeinsam in den Aufbruch investieren

Der Investitionsstau in Deutschland ist gigantisch. Die Infrastruktur ist zum Teil marode, der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft dringend notwendig. Für die Modernisierung unseres Landes brauchen wir Innovation und Investitionen. Wir als grüne Bundestagsfraktion ziehen an einem Strang mit Expert*innen wie den Wirtschaftsweisen der Bundesregierung, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit der grünen Bürgermeisterin genauso wie mit dem Ministerpräsidenten der CDU. Wir alle wissen: Wir müssen Deutschland jetzt fit für die Zukunft machen!

Wir können unsere Klimaziele erreichen und innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften. Wir können den Natur- und Umweltschutz stärken, unseren Wohlstand erneuern und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die notwendigen Schritte zu

gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen – privat wie öffentlich – zu mobilisieren. Deshalb wollen wir mit dem „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ gemeinsam mit allen politischen Ebenen einen deutschlandweiten Schulterchluss schaffen. Wir wollen dafür die Schuldenbremse im Grundgesetz reformieren, um Zukunftsinvestitionen dauerhaft zu finanzieren.

Bei unserer Fraktionsklausur am 28. Februar 2024 haben wir zudem den Beschluss „Für einen wirtschaftlichen Aufbruch und ein modernes Land, das einfach funktioniert!“ gefasst. Er zeigt, wie wir Grüne im Bundestag für neue wirtschaftliche Dynamik sorgen und unser Land nach vorne bringen. Neben den nötigen Investitionen gehört dazu, die Rahmenbedingungen für einen modernen Wirtschaftsstandort zu schaffen, etwa bei der Fachkräftesicherung, dem Bürokratieabbau oder der Energieversorgung.

www.gruene-bundestag.de/zukunftsinvestitionen

Schiennetz wird erneuert

Mobilität, die alle einlädt und ans Ziel bringt, gibt es nur mit einem starken Angebot auf der Schiene. Jahrzehntlang haben CDU/CSU und SPD das Schiennetz vernachlässigt, Prestigeprojekte wie „Stuttgart 21“ verfolgt und den Straßenbau bevorzugt. Mittel für das Schiennetz und den Zugverkehr in der Fläche blieben aus.

Mit der Änderung des Bundesschiennetzeausbaugesetzes leiten wir Grüne im Bundestag nun eine Wende ein und ermöglichen massive Investitionen in die Infrastruktur und in die Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs. Bis 2030 werden die 40 am meisten belasteten Hochleistungskorridore generalsaniert und in einem Durchgang technisch erneuert. Das wird den Einbau neuer Weichen und Überholgleise erleichtern, Kapazitäten erhöhen und den Zugverkehr flüssiger machen. Ein Fortschritt, den wir Grüne durchgesetzt haben.

www.gruene-bundestag.de/mobilitaet



Foto: picture alliance/zb

Wohnungsbau: zielgerichtet & nachhaltig

Viele Menschen haben zunehmend Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Unsere Förderprogramme helfen ihnen in der Not. Mit dem Programm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment“ fördern wir mit einer Milliarde Euro den nachhaltigen Wohnungsbau zu bezahlbaren Mietpreisen. Zudem stellt das Programm „Jung kauft Alt“ jungen Familien 350 Millionen Euro für den Kauf von Altbauten im Ortskern zur Verfügung. So ermöglichen wir Wohneigentum, halten Ortskerne lebendig und bremsen die Zersiedelung auf der grünen Wiese aus. Durch das Programm „Gewerbe zu Wohnen“ fördern wir mit 120 Millionen Euro gezielt ressourcenschonendes Bauen und Wohnen: Über die Umnutzung von Büros und anderen Gewerbeimmobilien zu Wohnraum können bis zu 235.000 neue Wohneinheiten entstehen.

www.gruene-bundestag.de/wohnen

Unsere Ideen für die EU-Verbraucherpolitik

Gesetze über Produkte und Dienstleistungen, die unser Leben einfacher und sicherer machen, werden zu 80 Prozent in Brüssel für den EU-Binnenmarkt verhandelt. Aktuell erarbeitet die EU-Kommission eine neue EU-Verbraucheragenda für die Jahre 2025 bis 2030. Unsere grünen Fachpolitikerinnen Linda Heitmann und Tabea Rößner haben dazu ein Zehn-Punkte-Papier erarbeitet und ihre Thesen auf einer hochkarätigen Verbraucherkonferenz am 12. März im Europäischen Haus in Berlin zur Diskussion gestellt. Die wesentlichen Erkenntnisse: Die „Twin Transition“, die doppelte Transformation aus Nachhaltigkeits- und Digitalisierungsperspektive, wird den Verbraucheralltag weiter dominieren – und besonders verletzbare Verbrauchergruppen brauchen mehr Schutz.

www.gruene-bundestag.de/verbraucherschutz



Antiziganismus bekämpfen

Der Bundestag hat Ende 2023 erstmals einen interfraktionellen Antrag verabschiedet, der sich nicht nur selbstkritisch mit der deutschen Verfolgungsgeschichte der Sinti*zze und Rom*nja auseinandersetzt, sondern auch umfassende Handlungsempfehlungen enthält. Der Antrag greift damit die Ergebnisse der Unabhängigen Kommission Antiziganismus auf. Deutschland trägt vor dem Hintergrund der Entrechtung und der Ermordung von bis zu einer halben Million Sinti*zze und Rom*nja im NS-besetzten Europa eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antiziganismus sowie für eine gleichberechtigte Teilhabe der Überlebenden und ihrer Nachkommen.

www.gruene-bundestag.de/antiziganismus

Der unabhängige Polizeibeauftragte ist da

Im März 2024 wurde Uli Grötsch zum ersten Polizeibeauftragten des Bundes gewählt. Die gesetzliche Grundlage dafür hatte der Bundestag im Januar beschlossen. Das ist ein großer innenpolitischer Meilenstein. Seit vielen Jahren und über mehrere Wahlperioden hinweg haben wir uns als grüne Bundestagsfraktion für die Einführung eines unabhängigen Polizeibeauftragten eingesetzt. Nun gibt es eine unabhängige Ansprechperson für Polizist*innen des Bundes wie für die Bürger*innen. Das stärkt die Bürgerrechte ebenso wie das Vertrauen in die Polizei.

www.gruene-bundestag.de/polizei

3 Fachbereich DEMOKRATIE & VIELFALTIGE GESELLSCHAFT

Die Verwaltung wird digitaler

Weiter Weg zum Amt, lange Wartezeiten, Zettelwirtschaft und wenn ein Dokument fehlt, geht es schlimmstenfalls wieder von vorne los: Oft ist Verwaltung leider noch zeit- und nervenaufreibend. Das ändern wir nun: Die Verabschiedung der Reform des Onlinezugangsgesetzes und des E-Government-Gesetzes durch den Bundestag schafft die Voraussetzungen dafür, dass der Staat digitaler wird. Das hilft Bürger*innen wie Unternehmen. Durch einen klaren Vorrang für Open Source digitalisieren wir kosteneffizient und erhöhen das Wiederverwendungspotenzial. Beste IT-Sicherheitsstandards und ein weiterentwickeltes Datenschutzeroptionscockpit schaffen Vertrauen und Transparenz.

www.gruene-bundestag.de/digital

Afghanistan: Bericht vorgelegt

Die Enquetekommission „Lehren aus Afghanistan“ hat ihren Zwischenbericht vorgelegt. Der Bericht würdigt den Einsatz der Bundeswehr, der Polizei, der Zivilorganisationen sowie der afghanischen Ortskräfte. Als erste außen- und sicherheitspolitische Enquetekommission im Bundestag übt die Kommission auf parlamentarischer Ebene aber auch Selbstkritik am 20-jährigen Einsatz – insbesondere am Scheitern auf politisch-strategischer Ebene.

Es gab partielle Erfolge, die zeitweise vor allem die Lage der Mädchen und Frauen im Bereich der Bildung und Gesundheit verbessert haben. Aber angesichts der Rückkehr der Taliban muss der Einsatz insgesamt als gescheitert betrachtet werden. Es hat unter anderem an realistischen Zielen, grundlegenden Kenntnissen der Kultur und an einer kohärenten Strategie und Zusammenarbeit gefehlt – national wie international.

Besonders zu Beginn wurden regionale Besonderheiten zu wenig berücksichtigt. Das Verständnis traditioneller afghanischer Hierarchien und lokaler Machtverhältnisse war mangelhaft. Detaillierte ungeschminkte Lagebilder wurden nicht systematisch zu einem Gesamtbild zusammengeführt und oftmals auf politischer Führungsebene in Berlin geschönt. Zwischen den beteiligten deutschen Akteur*innen, insbeson-



4 Fachbereich **INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE**

Foto: picture alliance/dpa



5 Fachbereich **ZUSAMMENLEBEN, WISSEN, GESUNDHEIT**

Milliarden für Brennpunktschulen

Im Zentrum grüner Bildungspolitik steht Chancengerechtigkeit. Wir wollen allen jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Elternhaus die Möglichkeit geben, die eigenen Talente und Fähigkeiten auf dem Bildungsweg zu entfalten. Denn gerade Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben es oft schwerer.

Und genau hier setzt das neue Startchancen-Programm an, auf das sich Bund und Länder im Februar geeinigt haben. Es wird das größte je dagewesene bildungspolitische Programm zur Unterstützung von Schulen in herausfordernden Lagen. Über zehn Jahre investieren Bund und Länder 20 Milliarden Euro in rund 4.000 Schulen im ganzen Land. Los geht's zum Schuljahr 2024/25. Mittelfristig werden eine Million Schüler*innen in besonders prekären Lagen davon profitieren. Das Startchancen-Programm ist ein Paradigmenwechsel: Erstmals wird ein Großteil der Bundesmittel statt über den „Königsteiner Schlüssel“ zielgerichtet nach sozialen Kriterien („Sozialindex“) an die Länder verteilt. Damit erhalten die Länder mehr Gelder, die einen besonders hohen sozialen Bedarf haben. Auch innerhalb der Länder werden die Schulen nach sozialen Kriterien ausgewählt.

Das Startchancen-Programm investiert dabei in drei Säulen. Ein Investitionsprogramm für zeitgemäße, inklusive und moderne Lernumgebungen. Ein Chancenbudget, mit dem Schulen eigenständig die Schul- und Unterrichtsentwicklung vorantreiben können. Und Personal für multiprofessionelle Teams, allen voran in der Schulsozialarbeit, aber auch für administrative Aufgaben oder schulpsychologische Begleitung.

Die Ergebnisse Deutschlands bei Bildungsstudien wie zuletzt Pisa 2022 verschlechtern sich weiterhin. Zentrales Ziel des Programms ist es daher, die Zahl der Schüler*innen, die die Basiskompetenzen in Lesen, Schreiben oder Rechnen verfehlen, an den Startchancen-Schulen zu halbieren.

www.gruene-bundestag.de/bildung



Foto: picture alliance/dpa

dere den Ministerien, gab es weder hinreichende strategische Abstimmung noch genügend Koordination. Es mangelte an einer ressortübergreifenden politisch-strategischen Zielsetzung. Konkrete Auftragsziele sowie deren Umsetzung waren unklar. Darüber hinaus wurde die Wirksamkeit von zivilen und militärischen Maßnahmen ressortübergreifend zu wenig kontrolliert.

Basierend auf der umfangreichen Fehleranalyse aus dem Afghanistan-Einsatz wird die Kommission bis zum Frühjahr 2025 Handlungsempfehlungen für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands vorlegen.

www.gruene-bundestag.de/afghanistan



Foto: S. Kaminski

KOMMUNALKONGRESS
Zukunft wird vor Ort gemacht

425 Menschen aus ganz Deutschland nahmen am 17. März am grünen Kommunalkongress der Bundestagsfraktion teil. „Zukunft wird vor Ort gemacht – kommunales Engagement ist das Fundament unserer Demokratie“, leitete die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann ein.

„Weltbürgermeister“ Stefan Fassbinder aus Greifswald ergänzte: „In den Kommunen zeigt sich, ob Staat gelingt; hier erfahren die Bürger*innen, ob Regierungshandeln ihre Lebenswirklichkeit positiv gestaltet.“ In zehn Workshops tauschten sich Abgeordnete und Kommunalpolitiker*innen mit Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Themen wie kommunale Wärmeplanung, Kindergrundsicherung, Mobilitätswende und kulturelle Teilhabe aus. Raum zum Netzwerken bot der Markt der Möglichkeiten mit Beispielen aus der kommunalen Praxis.

www.gruene-bundestag.de/kommunalkongress



Foto: S. Kaminski

EUROPAKONFERENZ
Europa stärken

Die EU steht sowohl in ihrem Inneren als auch geopolitisch vor großen Herausforderungen. Auf dem Kongress debattierten wir Grüne im Bundestag mit 150 Gästen mögliche Szenarien zur Zukunft Europas. Cristina Gherasimov, die stellvertretende Ministerpräsidentin der Republik Moldau, sprach über die Beitrittsperspektive ihres Landes. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hielt anschließend ein flammendes Plädoyer für eine schnelle Erweiterung der Union. „Für die EU-Erweiterung und die Reformen gibt es kein Tempolimit“, betonte auch ihre Staatsministerin für Europa und Klima Anna Lührmann in der Podiumsdiskussion, unter anderem mit dem ehemaligen Außenminister von Luxemburg Jean Asselborn. Die Konferenz leiteten der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag Anton Hofreiter und die Sprecherin für Europapolitik Chantal Kopf.

www.gruene-bundestag.de/europakonferenz



PARLAMENTARISCHER ABEND FRAUENPOLITIK **Euphorie – in Vielfalt geeint**

Europa und Frauenrechte, darum ging's beim sehr gut besuchten Parlamentarischen Abend der Bundestagsfraktion zum Internationalen Frauentag am 19. März. Siegertitel des Eurovision Song Contest (ESC) wie Lenas „Satellite“ oder „Euphoria“ von Loreen führten durchs Programm. Die grüne Fraktionsvorsitzende, Britta Haßelmann, diskutierte mit ihrer Kollegin im EU-Parlament, Terry Reintke. Diese machte deutlich, dass die EU – etwa mit der Lohntransparenzrichtlinie oder dem Beitritt zur Istanbul-Konvention – eine Vorreiterin bei Frauenrechten ist. Beide waren sich einig, dass die Errungenschaften angesichts des erstarkten Rechtsextremismus mehr denn je verteidigt werden müssen. Dies betonte auch Judith Rahner von der Amadeu Antonio Stiftung im Gespräch mit Familienministerin Lisa Paus. Die Ministerin erklärte, weshalb daher das Demokratiefördergesetz kommen müsse, um das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und demokratischen Organisationen zu stärken. Damit Frauen sich besser gegen Online-Hass zur Wehr setzen können, werde nun der Digital Services Act in Deutschland umgesetzt. Mit Gesang und Euphorie endete der Abend.

www.gruene-bundestag.de/frauenabend



IN MEMORIAM **Wolfgang Wieland**

Am 5. Dezember 2023 starb mit 75 Jahren Wolfgang Wieland. Er war ein Grüner der ersten Stunde. 1978 gründete er die Alternative Liste (AL) in Berlin mit und prägte für viele Jahre die Berliner Landespolitik. 1987 bis 2004 gehörte er mit Unterbrechungen dem Berliner Abgeordnetenhaus an, davon einige Jahre als Fraktionsvorsitzender. Von 2001 bis 2002 war er Berliner Justizsenator und Bürgermeister. 2005 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt und hat bis 2013 die Arbeit der grünen Bundestagsfraktion, gerade in der Innenpolitik, entscheidend mitgestaltet. So war er etwa Sprecher der Fraktion für innere Sicherheit und Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss. Auch nach dem Mandat stand er der Fraktion beratend zur Seite. Sein Lebensthema und Herzensanliegen waren die Durchsetzung von Freiheit und die Achtung des Rechts in West- wie in Ostdeutschland. Ebenso hartnäckig wie klug stritt er für unsere Demokratie und die Bürgerrechte – unter anderem als langjähriger Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV). Für viele war er politischer Wegbegleiter, Freund, Ratgeber und Mentor. Er bleibt unvergessen.

PUBLIKATIONEN

Flyer

- 20 | 20 Gutes Leben auf dem Land (aktualisierte Neuauflage)
- 20 | 31 Grün, sozial, gerecht – die Wärmewende in den Kommunen

Leporello

- 20 | 30 Für nachhaltige Kommunen in der Einen Welt
- 20 | 32 Für ein starkes Europa

Zeitschrift

- 20 | 28 Für ein sicheres und bezahlbares Wohnen (profil:GRÜN Dezember 23)

Mehr unter:

[gruene-bundestag.de/publikationen](https://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion.
Sie erscheint mindestens zwei Mal im Jahr und kann unter
oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse,
Initiativen, Bundestagsreden, Videos
und Newsletter auf:
[gruene-bundestag.de](https://www.gruene-bundestag.de)

VIDEO

Was hilft gegen Rechtsextremismus?
Robert Habeck gibt in der neuesten
Folge unserer Gesprächsreihe
#WasGruenIst Antwort.
[gruene-bundestag.de/videos](https://www.gruene-bundestag.de/videos)

SOCIAL MEDIA

twitter.com/GrueneBundestag
[instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)
[facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)
[gruene.social/@GrueneBundestag](https://www.gruene.social/@GrueneBundestag)
bsky.app/profile/gruene-bundestag.de
[threads.net/@gruenebundestag](https://www.threads.net/@gruenebundestag)

Uns geht's ums Ganze.

www.gruene-bundestag.de